



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	156
Versicherungsschutz für Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	157
– Versicherungsausschluß für Aufsichtsräte und Beiräte	
– Höchstdeckungssumme	
– Anmerkung	
(BGH Urt.v. 8.11.1989 – IVa ZR 163/88)	
Haftung des Steuerberaters	160
– Inhalt des Steuerberatungsvertrages	
– Pflicht zur Prüfung des Bescheides	
– Anmerkung	
(OLG Düsseldorf Urt.v. 17.5.1990 – 18 U 4/90, rkr.)	
Haftung des Steuerberaters	163
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG	
– Verjährungsbeginn	
– Anerkenntnis, § 208 BGB	
(OLG Düsseldorf Urt.v. 28.5.1990 – 18 U 206/89)	
Haftung des Steuerberaters	167
– Erfassung der Buchhaltungsdaten	
– Belehrungspflichten	
(OLG Hamm Urt.v. 22.6.1988 – 25 U 198/87)	
Mandantenschutzklausel	169
– angestellter Steuerberater	
– Auskunftsanspruch	
– Anmerkung	
(BAG Urt.v. 27.9.1988 – 3 AZR 59/87)	
Honorar des Steuerberaters	172
– Gebührenrahmen, Höchstgebühr	
– Erstellung des Jahresabschlusses, § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV	
(OLG Düsseldorf Urt.v. 3.5.1990 – 18 U 216/89, rkr.)	
GI Hinweis	173

GI Leitsätze

Anwaltschaftung / umfassende Belehrung / Beweislast für fehlerhaften Rat

1. Nach gefestigter Rechtsprechung ist der Rechtsanwalt zur allgemeinen, umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung seines Auftraggebers verpflichtet. Es ist seine Aufgabe, dem Mandanten diejenigen Schritte anzuraten, die geeignet sind, das erstrebte Ziel zu erreichen. Nachteile für den Auftraggeber muß er verhindern, soweit diese vorhersehbar und vermeidbar sind.
2. Der Antrag auf Klageabweisung in vollem Umfang erfüllt den Tatbestand der schuldhaften Pflichtverletzung, wenn der gegnerische Zahlungsanspruch in erheblichem Umfang nicht ernsthaft geleugnet werden kann und der Rechtsanwalt zu diesem Antrag geraten hat. Der Mandant trägt die Beweislast dafür, daß der Rechtsanwalt diesen Rat erteilt hat.

(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 15.12.1988 – 8 U 41/87, VersR 1989, 286)

Anwaltschaftung / Fristeinhaltung / „Flucht in die Säumnis“

1. Ein Rechtsanwalt hat einen Prozeß so zu führen, wie es der ZPO entspricht; er ist verpflichtet, auf die Einhaltung gesetzlicher und durch das Gericht gesetzter Fristen zu achten. Das Versäumen der Klageerwiderungsfrist kann einem Rechtsanwalt nur dann als Versäumnis vorgeworfen werden, wenn der Mandant beweist, daß der Anwalt von der Fristsetzungsverfügung rechtzeitig Kenntnis erlangt hat.
2. Verzögert der Anwalt die Vorlage der Klageerwiderung in Kenntnis des Fristablaufs um weitere zwei bis drei Wochen, so haftet er für diese Verzögerung nur dann, wenn er wußte oder wissen mußte, daß die Kammer zeitlich früheres Vorbringen trotz Fristversäumnung zugelassen hätte.
3. Auch das Unterlassen der „Flucht in die Säumnis“ kann eine Haftung des Rechtsanwalts nur dann begründen, wenn dadurch eine Zurückweisung des verspäteten Vorbringens vermieden worden wäre.

(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 22.12.1988 – 8 U 15/88, VersR 1989, 287)

Versicherungsschutz des Steuerberaters / Hilfe beim Erwerb einer ETW und Finanzierungsvermittlung

1. Gemäß §158 c Abs. 3 VVG haftet der Versicherer nur im Rahmen der von ihm übernommenen Gefahr. Nur im Rahmen des Versicherungsvertrages kann der „Geschädigte“ als Dritter im Sinne des §158 c Abs. 1 VVG einen Anspruch gegen den Haftpflichtversicherer auf Auszahlung der Versicherungssumme geltend machen.
2. Die Vermittlung und Finanzierung von Eigentumswohnungen geht über eine steuerliche Beratung weit hinaus und ist daher nicht mehr vom Versicherungsschutz durch die Berufshaftpflichtversicherung gedeckt.
3. Die Beratung über den Erwerb einer Immobilie und deren Finanzierung hält sich nicht mehr im Rahmen der steuerlichen Tätigkeit im Sinne des §33 StBerG.

(LG München Beschl.v. 3.10.1988 – 26 O 12185/88 Steuerberater 1990, 24)

Versicherungsschutz für Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

- Versicherungsausschluß für Aufsichtsräte und Beiräte
- Höchstdeckungssumme
- Anmerkung

(BGH Urt.v. 8.11.1989 – IVa ZR 163/88, NJW-RR 1990, 209 = WM 1990, 477)

Leitsätze:

1. Zur Auslegung der Begriffe Aufsichtsrat und Beirat.
2. § 3 II Nr. 2 AVB-WB enthält keine Begrenzung der Einstandspflicht auf die Deckungssumme (ohne Zinsen und Kosten).

Leitsätze (d.Verf.):

1. Nur Aufsichtsräte gem. §§ 30, 95 AktG und gem. § 52 GmbHG sind vom Versicherungsschutz der Vermögensschadenhaftpflichtversicherung ausgeschlossen. Aufsichtsräte von Personengesellschaften fallen nicht unter den Versicherungsausschluß.
2. Die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung deckt nicht die kaum zu übersehenden Risiken aus unternehmerischer Tätigkeit.
3. Ein Beirat, dessen Zustimmung zu allen oder bestimmten unternehmerischen Entscheidungen erforderlich ist, genießt keinen Versicherungsschutz. Dies gilt auch, wenn er im Einzelfall nicht unternehmerisch tätig war.

Aus den Gründen:

Die den Versicherungsverträgen zugrunde liegende Risikobeschreibung lautet auszugsweise.

- I. Der Versicherungsschutz umfaßt die Erledigung der beruflichen Aufgaben eines Wirtschaftsprüfers... und zwar... (4) die treuhänderische Verwaltung, z. B. die Tätigkeit als gesetzlicher und rechtsgeschäftlicher Treuhänder...
- II. Nicht versichert sind... (3) alle unternehmerischen Tätigkeiten, wie z. B. die als Vorstand, Aufsichtsrat, Beirat oder Geschäftsführer, sowie ein unternehmerisches Risiko, das sich im Rahmen der Ausübung einer gedeckten Tätigkeit ergeben kann, z. B. als Konkursverwalter bei Fortführung eines Unternehmens, als Testamentsvollstrecker, soweit ein gewerbliches Unternehmen zum Nachlaß gehört, als Notgeschäftsführer, als geschäftsführender Treuhänder.

Das LG hat diese Bestimmung folgendermaßen ausgelegt:

Zwar sei in dem Gesellschaftsvertrag der Kl. das Organ, dem Dr. N. angehörte, als Aufsichtsrat bezeichnet. Tatsächlich handele es sich bei dem Aufsichtsrat der Kl. um ein freiwilliges Organ, das nach seiner Aufgabenbeschreibung in § 16 Nr. 8 des Gesellschaftsvertrages eher als Beirat einzustufen sei, wie er bei Publikums-KGs häufig anzutreffen sei. Obwohl der Aufsichtsrat der Kl. von seinem Aufgabenbereich her dem satzungsmäßig bestellten Aufsichtsrat nach § 52 GmbHG nahekomme, sei Dr. N. nicht als Aufsichtsratsmitglied einzustufen. Zwar sei die Tätigkeit Dr. N.'s als Beiratstätigkeit einzustufen. Dabei müsse jedoch berücksichtigt werden, daß der Begriff Beirat in der Risikobeschreibung als Beispiel für eine unternehmerische Tätigkeit genannt sei. Aus dem Zusammenhang der von der Bekl. dem Versicherungsvertrag zugrundegelegten Risikobeschreibung ergebe sich, daß die Bekl. **Versicherungsschutz nur für Vermögensschäden gewähren wolle, die aus der typischen beratenden und kontrollierenden Tätigkeit eines Wirtschaftsprüfers herrühren, nicht aber solche, die aus einer in ihren Risiken kaum zu übersehenden unternehmerischen Tätigkeit herrühren.** Unternehmerische Tätigkeiten seien wesentlich durch auf Gewinnerzielung gerichtete Investitionsentscheidungen gekennzeichnet, die wegen der Unsicherheit künftiger wirtschaftlicher Entwicklungen in besonderem Maße mit Risiken behaftet seien. Das BerGer. ist dem gefolgt.

Mit Recht haben die Vorinstanzen Dr. N. nicht als Aufsichtsratsmitglied im Sinne von III 3 der Risikobeschreibung angesehen. Wenn dort von Aufsichtsrat die Rede ist, so ist damit nur ein **Gesellschaftsorgan** gemeint, das entweder, wie in §§ 30, 95 AktG für die betreffende Gesellschaftsform zwingend vorgeschrieben oder, wie in § 52 GmbHG (fakultativ) zugelassen ist. „**Aufsichtsräte**“ von **Personalgesellschaften** fallen daher nicht unter diesen Versicherungsausschluß. Auch die Revision greift insoweit die Entscheidungsgründe des Berufungsurteils nicht an.

Das BerGer. hätte jedoch näher prüfen müssen, ob ein **Beirat** im Sinne der Bedingungen vorlag. Das ist dann der Fall, wenn ihm eine Funktion zugewiesen war, die den anderen in der Klausel aufgeführten Gremien vergleichbar ist, z. B. wenn seine Zustimmung zu allen oder bestimmten unternehmerischen Entscheidungen erforderlich ist. Das hätte das BerGer. anhand des Gesellschaftsvertrages prüfen müssen, wobei zu beachten gewesen wäre, daß es sich bei der Anlage K1 zur Klageschrift nicht um den Gesellschaftsvertrag, sondern um ein Beteiligungsangebot handelt. Das ist bisher unterblieben. Sollte hiernach eine Beiratstätigkeit im Sinne der Klausel zu bejahen sein, ist der **Versicherungsschutz für die gesamte**

Beiratstätigkeit ausgeschlossen, und es kommt entgegen der Ansicht der Vorinstanzen nicht mehr darauf an, ob der Beirat im Einzelfall unternehmerisch tätig geworden ist.

Eine andere Beurteilung könnte dann gerechtfertigt sein, wenn sich aus dem Schriftwechsel vor Abschluß des Versicherungsvertrages eine abweichende Individualabrede (§ 4 AGB-Gesetz) entnehmen ließe. Auch das wird das BerGer. gegebenenfalls zu prüfen haben. Sollte das BerGer. wiederum zu dem Ergebnis kommen, daß das schadenstiftende Verhalten des Dr. N. nicht von vornherein als Beiratstätigkeit vom Versicherungsschutz ausgeschlossen ist, wird es erneut zu prüfen haben, ob eine wissentliche Pflichtverletzung vorliegt. Dabei würde eine schlichte Bezugnahme auf das Urteil des LG ohne Würdigung des neuen Berufungsvorbringens nicht ausreichen.

- II. Für das weitere Verfahren gibt der Senat außerdem noch folgende Hinweise: Die Ansicht der Bekl., § 3 II Nr. 2 AVB-WB begrenze die **Einstandspflicht auf die Deckungssumme** (ohne Zinsen und Kosten usw.) und ändere insoweit § 150 II 2 VVG ab, trifft nicht zu. Die genannte Bestimmung lautet:
2. Die Versicherungssumme... stellt den Höchstbetrag der dem Versicherer – abgesehen vom Kostenpunkt (s. Nr. 7) – in jedem einzelnen Schadenfalle obliegenden Leistung dar...

Die in Bezug genommene Nr. 7 lautet:

7. Die Kosten eines gegen den Versicherungsnehmer anhängig gewordenen, einen gedeckten Haftpflichtanspruch betreffenden Haftpflichtprozesses... gehen voll zu Lasten des Versicherers...

Die Bestimmungen sind daher wortgleich mit § 3 II Nr. 2 AVB Vermögen und ähnlich § 3 II 2 AHB. Dort ist weitgehend anerkannt, daß die Nichterwähnung von Zinsen nicht ausreicht, § 150 II 2 VVG als abbedungen anzusehen (vgl. Prölss-Martin-Voit, VVG, 24. Aufl. § 3 AHB Anm. 3 m.w. Nachw.; ebenso Bruck-Möller-Johannsen, VVG, 8 Aufl., Bd. IV, Anm. G 47; die gegenteilige Ansicht des LG Koblenz, VersR 1955, 338 ist in der Rspr. vereinzelt geblieben).

Auch hinsichtlich der Kosten kann den erwähnten Bestimmungen eine hinreichend klare Abweichung von § 150 II VVG, der auch die Kosten der Zwangsvollstreckung einschließt (vgl. Prölss-Martin-Voit, § 150 Anm. 3 a), nicht entnommen werden.

Anmerkung:

Die Entscheidung des BGH ist nicht überraschend. Vielmehr ist sie Ausfluß des für das gesamte deutsche Haftpflichtsystem geltenden Grundsatzes, daß unternehmerische kaufmännische Geschäftsrisiken nicht auf den Haftpflichtversicherer abgewälzt werden sollen. § 4 Ziff. 4 und 9 AVB/RWB grenzt diese Risiken aus dem versicherbaren Haftpflichtbereich dementsprechend auch eindeutig aus.

Ergänzend verweisen wir auf die vergleichbare Rechtsprechung zum Deckungsbereich bei Treuhändern. Das OLG München hat mit Urteil vom 30.1.1987 (GI 1988, 66 = VersR 1989, 1293) entschieden, daß der Basis- oder Zentraltreuhänder im Bauherrenmodell geschäftsführende Tätigkeit ausübt. Versicherungsschutz aus der Berufshaftpflichtversicherung für Steuerberater wurde abgelehnt. Dieses Urteil hat die Zustimmung des BGH gefunden. Es wurde rechtskräftig durch Nichtannahme der Revision durch den BGH (Beschl.v. 25.11.1987 – IVa ZR 89/87). Ebenso entschied gegen den Versicherungsschutz des Wirtschaftsprüfers das OLG Düsseldorf (GI 1989, 51 = VersR 1990, 411).

Weitere Hinweise zu den Versicherungsfragen aus dem Bereich der Vermögensschadenhaftpflichtversicherung finden Sie in GI:

Anerkennnisverbot 1989, 50; Anzeigepflicht 1989, 51; Nachbesserungskosten 1988, 137; wissentliche Pflichtverletzung 1989, 51, 156; Prozeßführungsrecht des Versicherers 1986, 142; Verjährung des Versicherungsanspruchs 1989, 51, 1987, 26.

Haftung des Steuerberaters

- Inhalt des Steuerberatungsvertrages
- Pflicht zur Prüfung des Bescheides
- Anmerkung

(OLG Düsseldorf Urt.v. 17.5.1990 – 18 U 4/90, rkr.)

Leitsatz:

Beschränkt sich das Rechtsverhältnis des Steuerberaters zum Mandanten darauf, daß letzterer den Steuerberater „mit der Fertigung des Jahresabschlusses und der Jahressteuererklärungen von Fall zu Fall“ beauftragt, so ist der Steuerberater auf die telefonische Bitte, ein Stundungsgesuch zu fertigen, nicht verpflichtet, um Übersendung des Steuerbescheides zum Zwecke der Überprüfung und Einlegung eines Rechtsbehelfs zu bitten.

Leitsatz (d.Verf.):

Fehlt ein Auftrag zur Prüfung des Steuerbescheides (§ 28 StBGebV), so entsteht eine ungefragte Prüfungspflicht für den Steuerberater nur, wenn Fehler des Bescheides offensichtlich sind.

Aus den Gründen:

Die aufgerechnete Forderung ist unbegründet. Die Beklagte hat einen Schadenersatzanspruch nicht schlüssig dargelegt.

Der Steuerberatungsvertrag der Parteien war nach dem Kündigungsschreiben der Beklagten vom 25. 8. 1983 kein Vertrag mehr, der den Kläger zu umfassender vorsorgender Steuerberatung verpflichtete. Ausdrücklich heißt es in diesem Schreiben:

„Gleichzeitig drücken wir die Hoffnung aus, daß das angenehme Verhältnis zwischen Ihnen und unserem Hause bestehen bleibt und wir Sie **da um Rat angehen dürfen, wo wir nicht mehr weiterkommen. Ebenso werden wir Sie auch in Zukunft mit der Fertigung des Jahresabschlusses und der Jahressteuererklärungen von Fall zu Fall beauftragen.**“

Die nachfolgende Korrespondenz der Parteien befaßt sich mit Fragen der Buchführung, läßt aber nicht erkennen, daß die in dem zitierten Schreiben angekündigte Inanspruchnahme „von Fall zu Fall“ aufgegeben worden sei. Der Kläger hat für das Überprüfen des Körperschaftsteuerbescheids vom 3. 10. 1986 keine Vergütung berechnet. Dieser Bescheid nennt als Adressaten nicht den Kläger, sondern die Beklagte. Der Senat weiß, daß die Finanzverwaltung an den dort genannten Empfänger auch zustellt.

Die Beklagte stellt nicht einmal die konkrete Behauptung auf, daß der Bescheid nicht an sie, sondern an den Kläger gegangen sei. In der Klagerwiderung heißt es, es habe sich bislang nicht abschließend klären lassen, ob der Bescheid ihr oder dem Kläger zugestellt worden sei. **Aus der Tatsache, daß der Kläger den Stundungsantrag vom 13. 11. 1986 gestellt hat, ist nichts herzuleiten**, denn der Kläger behauptet dazu, er sei telefonisch von der Buchhalterin der Beklagten mit einem entsprechenden Stundungsgesuch beauftragt worden.

Die unter Beweis gestellte Tatsache, daß der Kläger zur mündlichen Besprechung der Parteien am 22. 12. 1987 den Bescheid vom 3. 10. 1986 mitbrachte, ist auch kein Indiz, weil nach dem Vorbringen des Klägers dieser Bescheid dem Schreiben der Beklagten vom 19. 10. 1987 beigelegt haben soll. Selbst wenn dem Kläger im Zusammenhang mit dem Stundungsauftrag dieser Bescheid zugegangen sein sollte, **hatte der Kläger**

keinen Anlaß, diesen Bescheid ungefragt zu überprüfen, weil ihm ein solcher die Gebühr aus § 28 der Gebührenordnung auslösender Auftrag nicht erteilt worden war. Daß dieser Bescheid, der lange zurückliegende Vorgänge (Änderung des Bescheids vom 3.4.1984 betreffend die Steuer 1981 aufgrund einer Gewinnausschüttung im Jahre 1984) aufarbeitete, „offensichtlich“ fehlerhaft war, ergibt sich aus dem Vorbringen der Beklagten nicht.

Der Meinung des Landgerichts, die positive Vertragsverletzung des Klägers liege darin, daß der Kläger – hatte er bei Abfassung des Stundungsgesuchs den Bescheid in Händen – den Änderungsantrag nicht stellte oder daß er – hatte er den Bescheid nicht – nicht sofort um Zusendung des Bescheids durch die Beklagte bat, ist nicht zu folgen. **Sie verkennt die oben dargelegte Eigenart des Vertragsverhältnisses, das nicht auf allgemeine Wahrung steuerlicher Belange angelegt war.**

Anmerkung:

Zum Problem der „ungefragten Belehrungspflicht“ verweisen wir auf das in diesem Heft abgedruckte Urteil des OLG Hamm vom 22.6.1988 (S. 167).

Grundsätzlich bestehen Prüfungs- und Belehrungspflichten nur innerhalb eines Steuerberatungsvertrages. Sie richten sich nach dem Inhalt des Vertrages und nach dem konkreten Sachverhalt.

Grundlegend ist die Entscheidung des BGH vom 28.11.1966 (DStR 1967, 424 = BB 1967, 105 = DB 1967, 244). Danach trifft den Steuerberater die Pflicht zur ungefragten Belehrung über die bei der Erledigung des Auftrags auftauchenden steuerlichen Fragen. Erkennt er bei der Bilanzerstellung, daß der Mandant steuerfreie Umsätze als steuerpflichtig behandelt, so muß er ihn über die Fehlbeurteilung belehren. Es gibt keine ungefragte Belehrungspflicht über theoretische Steuerersparnismöglichkeiten, Fragen der Vermögensanlage und Lebensvorsorge. Die Belehrungspflicht orientiert sich an den Grenzen des Mandats: Dem Mandanten sind die Möglichkeiten aufzuzeigen, Steuern legal möglichst gering zu halten. Über offenkundige Fehler, die bei Erledigung des Beratungsvertrages auftauchen, ist er zu belehren (Gräfe, Lenzen, Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Auflage Textziffer 260 ff. mit weiteren Nachweisen).

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG
- Verjährungsbeginn
- Anerkenntnis, § 208 BGB

(OLG Düsseldorf Urt.v. 28. 5. 1990 – 18 U 206/89)

Leitsatz:

Hat ein Steuerberater durch Verletzung seiner Pflichten bewirkt, daß der Mandant Anträge nach § 13 a Abs. 2 EStG und § 24 Abs. 4 UStG nicht gestellt und dadurch steuerliche Nachteile erlitten hat, so beginnt die Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den Steuerberater mit dem Zeitpunkt, in dem die Fristen für die Stellung der Anträge ablaufen.

Leitsatz (d.Verf.):

Erklärt der Steuerberater, für eine unterlassene Beratung „notfalls einzustehen“, so bedeutet dies weder das Anerkenntnis einer Schadenersatzverpflichtung noch den Verzicht auf die Einrede der Verjährung.

Aus den Gründen:

Der von der Klägerin nach Abtretung geltend gemachte Anspruch auf Schadenersatz verjährt nach § 68 Steuerberatungsgesetz in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Dabei kommt es – im Gegensatz zu § 852 BGB – auf die Kenntnis des Geschädigten (= Anspruchsberechtigten) von der Pflichtverletzung des Steuerberaters nicht an (Gehre, StBerG, § 68 Rdn. 10 – mit Nachweisen aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes).

Hier geht es um eine **vermeidbare Steuermehrbelastung** der Eheleute D. **nebst Folgekosten**. Der darin liegende Schaden ist den Eheleuten D. (endgültig) in dem Augenblick entstanden, als sich die versäumten Anträge (Anträge gemäß § 13 a Abs. 2 EStG und gemäß § 24 Abs. 4 UStG 1980) auswirkten und die sich aus dieser Auswirkung ergebenden Folgen (Steuermehrbelastung) nicht mehr beseitigen ließen. So hat der Bundesgerichtshof u. a. entschieden, daß eine (vermeidbare) Steuerbelastung endgültig erst mit der Schlußbesprechung einer nachträglichen Betriebsprüfung entsteht, weil es bis zum Abschluß dieser Prüfung immer noch möglich sei, daß die Steuermehrbelastung gänzlich vermieden, jedenfalls herabgesetzt werde (BGH Urt.v. 20.1.1982 – IVa ZR 314/80, BGHZ 83, 17; BGH Urt.v. 27.11.1985 – IVa ZR 97/84, BGHZ 96, 290).

Dabei handelte es sich um Fälle, in denen bereits bei der vorläufigen Festsetzung der Einkommensteuer eine vermeidbare steuerliche Mehrbelastung entstanden war, in denen also die Betriebsprüfung (Außenprüfung) den Schaden nicht etwa herbeigeführt, sondern – jedenfalls teilweise – wieder beseitigt hat (BGHZ 83, 17, 21). Steuerbescheide ergehen nämlich regelmäßig unter dem Vorbehalt der Nachprüfung und können aufgehoben oder geändert werden, solange dieser Vorbehalt wirksam ist (§ 164 AbgabenO). Da die Finanzämter den Vorbehalt der Nachprüfung – gleichfalls regelmäßig – erst nach einer Außenprüfung (Betriebsprüfung) aufheben, wird die endgültige Steuerpflicht zumeist erst nach Durchführung der Außenprüfung (Betriebsprüfung) festgestellt. Fehler des Steuerberaters, die zu einer (vorläufigen) Steuermehrbelastung geführt haben, sind – anders ausgedrückt – bis zur Außenprüfung reparabel.

Der Zeitpunkt der Schadenentstehung hängt demgemäß bei Steuerschulden davon ab, wann diese endgültig feststehen. „Feststehen“ bedeutet nicht, daß der letztlich eintretende Gesamtschaden schon in seinem vollen Ausmaß bekannt und bezifferbar ist. Bei einer abgeschlossenen Handlung als Schadenursache – etwa die Versäumung einer Antragsfrist – stellen sich auch die nachträglich auftretenden Schadenfolgen als Bestandteile eines einheitlichen, bereits mit der Handlung selbst eingetretenen Schadens dar (vgl. hierzu: BGH, WM 1978, 331; BGH, VersR 1968, 1163). Als Beispiel sei der aus einem ärztlichen Behandlungsfehler entstehende Schaden erwähnt, dessen Ausmaß erst später übersehbar wird (Palandt/Thomas, BCB, 48. Aufl., § 852 Anm. 2 a).

Die Anwendung dieser Grundsätze führt im vorliegenden Fall zu dem Ergebnis, daß die Verjährungsfrist von drei Jahren seit Entstehung der ersetzt verlangten Schäden verstrichen ist.

Schadenursache ist die Versäumung von Antragsfristen durch den Beklagten. Insoweit hat das Landgericht zu den Umsatzsteuern zutreffend festgestellt: Für die Wirtschaftsjahre 1976/1977, 1977/1978, 1978/1979 und 1979/1980 lief die Antragsfrist des § 24 Abs. 4 UStG 1977 jeweils mit Ablauf der zuletzt genannten Jahre ab (genau: 10 Tage nach Jahresende). Für das Wirtschaftsjahr 1980/1981 liegt hingegen ein rechtzeitig gestellter Antrag vor (vgl.: Urteil des Hessischen Finanzgerichts vom 5.12.1985, Seite 5). Die Versäumung der Antragsfristen konnte auch nicht mehr durch Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beseitigt werden; die Voraussetzungen einer Wiedereinsetzung nach § 110 AO lagen nicht vor. Dazu wird auch auf die zutreffenden Ausführungen im genannten Urteil des Hessischen Finanzgerichts vom 5.12.1965 verwiesen (Urteil, Seite 5, 6).

Bei den Einkommensteuern geht es um die Steuerpflicht aus den Jahren 1976, 1977 und 1978. Für diese Jahre hätte der Antrag gemäß § 13 a Abs. 2 EStG „bis zur Abgabe der Steuererklärung, jedoch spätestens zwölf Monate nach Ablauf des ersten Wirtschaftsjahres, auf das er sich bezieht, schriftlich“ gestellt werden müssen. Die Frist für das zeitlich letzte Veranlagungsjahr (1978) lief demgemäß mit dem Jahresende 1979 ab.

Daraus folgt: Die zeitlich letzte (jüngste) Antragsfrist – die Antragsfrist bei der Umsatzsteuer für das Wirtschaftsjahr 1979/1980 – lief zum Jahresende 1980 ab. Die sich daraus ergebenden Folgen waren nicht mehr zu vermeiden, die sonst vermeidbare Steuermehrbelastung „entstand“ also am Jahresende 1980. Auch wenn sich der resultierende Schaden erst nachträglich noch entwickelte, trat die Verjährung mit Ablauf von weiteren drei Jahren, also zum Jahresende 1983 ein. Entsprechend früher verjährten die Schadenersatzansprüche wegen Versäumung der noch früher ablaufenden Fristen.

Dem Beklagten ist es nicht verwehrt, sich auf den Eintritt der Verjährung zu berufen.

Ein Steuerberater ist in gleicher Weise wie ein Rechtsanwalt verpflichtet, seinen **Mandanten auf die Möglichkeit seiner eigenen Haftung hinzuweisen und über die hierfür geltenden Verjährungsvorschriften zu belehren**. Bei einem schuldhaften Verstoß gegen diese Belehrungspflicht macht er sich schadenersatzpflichtig. Auf diese Schadenersatzpflicht kann sich der Mandant gegenüber der Verjährungseinrede des Steuerberaters berufen (sogenannter sekundärer Schadenersatzanspruch des Mandanten, vgl. grundlegend: BGH Urt.v. 20.1.1982 – IVa ZR 314/80, GI 8/82 = ZIP 1982 m.Anm. Gräfe = BGHZ 83, 17).

Allerdings unterliegt auch der Sekundäranspruch der Verjährung nach § 68 StBerG. Die Verjährungsfrist von drei Jahren beginnt ihrerseits mit der Verjährung des Primäranspruches, wenn in diesem Zeitpunkt das Beratungsverhältnis noch besteht (vgl. zur gleichgelagerten Problematik bei § 51 BRAO: BGH Urt.v. 23.5.1985 – IX ZR 102/84, GI 32/85 = NJW 1985, 2250 = BGHZ 94, 380).

Daraus folgt für den vorliegenden Fall: Der zeitlich „jüngste“ Verjährungseintritt erfolgte zum Jahresende 1983 (siehe oben), infolgedessen verjährte der entsprechende Sekundäranspruch zum Jahresende 1986. Frühere Zeitpunkte gelten entsprechend für die anderen Schadenabläufe und Verjährungsfristen.

Im übrigen – darauf hat schon das Landgericht zutreffend hingewiesen – entstand eine Belehrungspflicht des Beklagten frühestens mit dem

Bekanntwerden der grundlegenden Entscheidung des Bundesgerichtshofes zu der bis dahin streitigen Frage einer Belehrungspflicht (GI 8/82 = ZIP 1982 m.Anm. Gräfe = BGHZ 83, 17) im Frühjahr 1982. Hinsichtlich aller bis zu diesem Zeitpunkt bereits abgelaufenen Verjährungsfristen besteht folglich auch aus diesem Grund kein sekundärer Schadenersatzanspruch (BGH Urt.v. 27.11.1985 – IVa ZR 97/84, GI 1986, 27 = EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 [Gräfe] = BGHZ 96, 290).

Der Beklagte hat einen Schadenersatzanspruch der Eheleute D. des weiteren weder anerkannt (§ 208 BGB: die Verjährung wird durch ein Anerkenntnis unterbrochen) noch verstößt er gegen die Grundsätze von Treu und Glauben (§ 242 BGB), wenn er sich auf die eingetretene Verjährung beruft.

Der Senat geht insoweit von dem Vorbringen der Klägerin aus:

Wenn der Beklagte wiederholt erklärt hat, daß **er für die unterlassene Beratung „einstehe“**, dann liegt in dieser inhaltlich vagen Erklärung weder ein hinreichend konkretes Anerkenntnis einer Schadenersatzverpflichtung noch ein Verzicht auf die Einrede der Verjährung. Das gleiche gilt für das Gespräch am 28.4.1987 zwischen dem Beklagten und der für die Eheleute D. handelnden Rechtsanwältin R. Damals hat der Beklagte „achselsuckend“ geäußert: „Das sei nun einmal so gelaufen und könnte ja nun nachträglich nicht mehr rückgängig gemacht werden, notfalls müsse er eben dafür einstehen, das sei nicht zu ändern“. Auch **dieser Erklärung fehlt eine hinreichende Bestimmtheit, es läßt sich vor allem kein Verpflichtungswille des Beklagten daraus ableiten.**

Diese Haltung des Beklagten wird zudem durch das von den Klägern zur Begründung ihrer Auffassung herangezogene Schreiben vom 19.8.1988 deutlich. In diesem Schreiben an die Rechtsanwältin R. erklärt der Beklagte nämlich ausdrücklich, daß es „in diesem Schadenfall noch eine Reihe von Zweifelsfragen“ gebe. In den beiden Folgesätzen macht der Beklagte dann einen Vergleichsvorschlag, er will 25.000 DM an die Eheleute D. zahlen, allerdings „ohne Anerkenntnis einer Haftung, sowohl dem Grunde als auch der Höhe“ nach. Daraus folgt ohne weiteres, daß der Beklagte eine Schadenersatzpflicht seinerseits keineswegs bestätigen (anerkennen) wollte.

Deshalb läßt sich das Verhalten des Beklagten in dem vorprozessualen Briefwechsel nicht dahin verstehen, daß er die Eheleute D. dadurch von der Erhebung einer rechtzeitigen – die Verjährungsfrist unterbrechenden – Klage abgehalten hätte. Es war und blieb klar, daß er nur „vergleichsweise“ etwas zahlen wollte, d.h. zur Vermeidung eines Prozesses und

ohne jede Anerkennung einer entsprechenden Verpflichtung. Auf diese eindeutige Haltung des Beklagten konnten sich die Eheleute D. – durch Einholen rechtzeitigen Rechtsrates und durch eine frühe Klageerhebung – einstellen.

Die **Verjährung** ist auch eingetreten hinsichtlich der von der Klägerin ersetzt verlangten **Gerichts- und Anwaltskosten**.

Es handelt sich um **mittelbar entstandene Schäden, um Aufwendungen**, die zur Abwendung oder doch zur Verminderung des primär eintretenden Schadens gemacht worden sind. Auch diese Schäden (Aufwendungen) gehen ursächlich und hinsichtlich ihres für die Verjährungsfrage maßgeblichen Entstehungszeitpunktes auf die versäumten Fristabläufe zurück (siehe oben). Die Aufwendungen gehören – anders ausgedrückt – zu der weiteren Entwicklung des Schadens, der schon mit den Fristversäumungen selbst eintrat, selbst wenn er zu diesem Zeitpunkt weder der Höhe nach noch nach seiner weiteren Entwicklung bekannt oder hinreichend genau voraussehbar war.

Haftung des Steuerberaters

- Erfassung der Buchhaltungsdaten
- Belehrungspflichten

(OLG Hamm Urt.v. 22. 6. 1988, 25 U 198/87)

Leitsatz (d.Verf.):

Erfasst der StB nur die Daten der ihm übergebenen Buchungsunterlagen, so ist er nicht verpflichtet, den Mandanten ungefragt auf steuerliche Auswirkungen einer neugegründeten GmbH hinzuweisen.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin wurde 1979 als GmbH in das Handelsregister eingetragen. Bis September 1981 hatte der StB Buchführungsarbeiten auch für die Klägerin (GmbH) erledigt. Der Umfang der Tätigkeit im einzelnen ist streitig. Jahresabschlüsse und Steuererklärungen wurden unstreitig vom StB nicht gefertigt. Ebenfalls wurde die Lohnbuchhaltung von der Klägerin selbst geführt. Anlässlich einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt im Jahre 1983 ergab sich, daß mit den Geschäftsführern keine Geschäfts-

führerverträge abgeschlossen worden waren. Der Betriebsprüfer rechnete dementsprechend als verdeckte Gewinnausschüttung für 1979 DM 10.683,- und für 1980 DM 159.752,- dem Gewinn hinzu.

Aus den Gründen:

Es ist bereits zweifelhaft, ob eine positive Vertragsverletzung auf seiten des Beklagten vorliegt, da das Bestehen eines umfassenden Steuerberatungsvertrages der Parteien fraglich ist.

Selbst nach dem eigenen Vorbringen der Klägerin hat der Beklagte für die GmbH in den Jahren **1979 und 1980 nur die Buchhaltung geführt.**

So heißt es dazu in der Klageschrift:

„Der Beklagte war bereits für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts tätig und selbstverständlich auch für die nunmehrige Klägerin.“

Im Schreiben vom 28.2.1985, in dem die Klägerin ihre Ansprüche gegen den Beklagten angemeldet hat, heißt es:

„Für die Kalenderjahre 1979 und 1980 hatten Sie die Buchführung... gefertigt.“

Daß der Beklagte für die GmbH nicht mehr getan hat als nur die Daten erfaßt, ergibt sich auch aus den Schreiben vom 9.1.1980, 31.8.1981 und 15.9.1981. Danach hat er schon im Juli 1979 die jetzige Geschäftsführerin der Klägerin gebeten, sich einen anderen Steuerberater zu suchen. Jahresabschlüsse oder Steuererklärungen sind vom Beklagten unstreitig für die Klägerin nicht erstellt worden. Auch die Lohnbuchhaltung wurde von der Klägerin selbst geführt. **Ein Steuerberater, der nur ihm übergebene Buchungsunterlagen bucht, ist aber ungefragt nicht verpflichtet, den Mandanten auf steuerliche Auswirkungen einer neu gegründeten GmbH hinzuweisen.** Die Klägerin bzw. ihre Gesellschafter müssen bei Abschluß des GmbH-Vertrages auch anwaltlich vertreten gewesen sein. Daß auch der Beklagte hinzugezogen worden sei, behauptet die Klägerin nicht. Sie trägt lediglich allgemein vor, daß die steuerliche Beratung durch den Beklagten fortgeführt worden sei. Dieser hat es aber von vornherein – so der Wortlaut des Schriftwechsels gemäß Schreiben vom 9.1.1980, 31.8.1981, 15.9.1981 – abgelehnt, für die Klägerin selbst tätig zu werden.

Angesichts dieses Vorbringens dürfte dem Beklagten schon keine Aufklärungspflicht obliegen haben, so daß ein Anspruch aus positiver Vertragsverletzung nicht in Betracht kommt.

Mandantenschutzklausel

- angestellter Steuerberater
- Auskunftsanspruch
- Anmerkung

(BAG Urt.v. 27.9.1988 – 3 AZR 59/87, NZA 1989, 467)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Ein angestellter Steuerberater kann mit seinem Arbeitgeber eine Mandantenschutzklausel vereinbaren. Gründe der Berufsausübungsfreiheit, des Wettbewerbs- und Standesrechts stehen nicht entgegen.
2. Eine unverbindliche bedingte Konkurrenzklausel liegt nicht schon dann vor, wenn sich der Arbeitgeber – bei Weiterbestehen der Verpflichtung zur Zahlung von Karenzentschädigung – im Einzelfall vorbehält, die Zustimmung zur Betreuung von Mandanten zu erteilen.
3. Die einem Steuerberater obliegenden strafrechtlichen oder standesrechtlichen Verschwiegenheitspflichten hindern ihn nicht, Auskunft darüber zu erteilen, mit welchen ehemaligen Mandanten er vertragswidrig Beratungsverträge abgeschlossen hat.

Aus den Gründen:

- I. ...
2. Vom 21.7.1983 bis zum 20.7.1984 war der Kl. aufgrund der Mandantenschutzklausel verpflichtet, den Abschluß von Beratungsverträgen mit ehemaligen Mandanten der Bekl. zu unterlassen.
 - a) Der Kl. hat mit der Rechtsvorgängerin der Bekl. vertraglich eine Mandantenschutzklausel vereinbart, auf die sich die Bekl. berufen kann, da sie das Arbeitsverhältnis mit dem Kl. zu den ursprünglich vereinbarten Bedingungen fortgesetzt hat. Nach § 13 des Arbeitsvertrages hat der Kl. die Verpflichtung übernommen, nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei ehemaligen Mandanten seines Arbeitgebers nur mit dessen Zustimmung tätig zu werden. Andererseits hat die Bekl. die Verpflichtung zur Zahlung einer Karenzentschädigung in Höhe der Hälfte der zuletzt vom Kl. verdienten Bezüge übernommen. Soweit in der Mandantenschutzklausel auf eine Vertragsbestimmung § 2 a verwiesen wird, handelt es sich offensichtlich um einen Schreibfehler, denn die Vergütung des Kl. ist in § 2 und einer Zusatzvereinbarung geregelt. Von diesen Einnahmen soll nach den durch Revisionsrügen nicht zu erschütternden Feststellungen des LAG die Hälfte als Karenzentschädigung gezahlt werden.

- b) Diese Mandantenschutzklausel ist entgegen der Auffassung des Kl. wirksam. Der Kl. hat geltend gemacht, durch die Mandantenschutzklausel werde er in seinem Grundrecht der Berufsfreiheit (Art. 12 GG) beeinträchtigt. Dieser Einwand ist unbegründet. Das Recht des Kl., einen Beruf frei wählen zu können, wird durch diese Vereinbarung nicht berührt. **Die Berufsausübung kann durch Wettbewerbsverbote (§§ 74 ff. HGB) geregelt werden** (BVerfGE 7, 377 = NJW 1958, 1035). Der Kl. übersieht, daß er sogar als Steuerberater tätig werden darf. Er darf nur die ehemaligen Mandanten der Bekl. nicht betreuen.

Die von der Bekl. in Anlehnung an Muster vorformulierte Mandantenschutzklausel verstößt auch nicht gegen Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) vom 9.12.1976 (BGBl I, 3317). **Das AGB-Gesetz findet auf Verträge auf dem Gebiet des Arbeitsrechts keine Anwendung (§ 23 I AGB-Gesetz).**

Die Mandantenschutzklausel ist entgegen der Auffassung des Kl. auch nicht sittenwidrig (§ 138 I BGB) oder wegen Verstoßes gegen Standesrecht (§ 134 BGB) unwirksam. Auch wenn der Kl. Angehöriger eines freien Berufs ist, den er nach wissenschaftlicher Vorbildung unter besonderer Verantwortung im öffentlichen Interesse ausübt, können Vorkehrungen getroffen werden, **daß Arbeitnehmer die Erfolge der Berufsausübung nicht illoyal ausnutzen** (BGH, AP § 611 BGB-Konkurrenzklause – Nr. 23 = NJW 1968, 1717; BAGE 23, 382 [390 zu II 5]).

- c) Schließlich ist die Mandantenschutzklausel nicht deshalb unverbindlich, weil sie als bedingtes Wettbewerbsverbot vereinbart worden wäre (§§ 74, 75 d HGB).

Auf Mandantenschutzklauseln sind die Vorschriften über Wettbewerbsverbote entsprechend anzuwenden (BAGE 22, 125 = AP § 611 BGB – Konkurrenzklause – Nr. 24 [zu IV]; BAGE 23, 382 = AP § 611 BGB – Konkurrenzklause – Nr. 25 [zu II]; AP § 611 BGB – Konkurrenzklause – Nr. 26 [zu I]). **Bedingte Wettbewerbsverbote sind unverbindlich.** Ein bedingtes Wettbewerbsverbot liegt dann vor, wenn dem Arbeitgeber entschädigungsfrei die Entscheidung vorbehalten bleibt, ob er es in Anspruch nehmen will oder nicht (BAG, AP § 74 HGB Nr. 32 [zu I]; 33 [zu III 1c], BAGE 30, 23 [zu II]; AP § 74 HGB Nr. 42 [zu II 2]).

Das ist bei der von den Parteien vereinbarten Mandantenschutzklausel nicht der Fall. Das LAG hat die Mandantenschutzklausel dahin ausgelegt, daß dem Kl. schlechthin die Betreuung und Beratung ehemaliger Mandanten der Bekl. untersagt ist. Von diesem Verbot gelten

nur dann Ausnahmen, wenn die Bekl. im Einzelfall von diesem Verbot unter Aufrechterhaltung der Karenzentschädigung eine Ausnahme zuläßt. Diese Auslegung ist revisionsrechtlich nicht zu beanstanden. Sie ist nach Wortlaut, Zweck und Sinnzusammenhang der Mandantenschutzklausel möglich. Insoweit unterscheidet sich Mandantenschutzklausel von dem in der Entscheidung vom 4.6.1985 zu beurteilenden Wettbewerbsverbot (BAG, NZA 1986, 640 = AP § 74 HGB Nr. 50 [zu 3 a]). In dem damals zu entscheidenden Fall war der Arbeitnehmer unsicher, ob der Arbeitgeber auf der Einhaltung des Wettbewerbsverbots bestehen würde...

Anmerkung:

Der Arbeitsvertrag des angestellten Steuerberaters enthielt folgende Regelungen zum Wettbewerbsverbot und zur Vertragsstrafe:

§13. Wettbewerbsverbot.

1. Es wird vereinbart, daß P. nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei von der B. betreuten Mandanten mittelbar oder unmittelbar nur mit Zustimmung der Geschäftsführung tätig werden darf. Diese Vereinbarung gilt für 2 Jahre ab Zeitpunkt der Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit der B.
2. Für die Dauer des Wettbewerbsverbots zahlt die B. dem P. als Entschädigung die Hälfte der zuletzt nach § 2 a gewährten Bezüge.
3. Im übrigen gelten für das Wettbewerbsverbot die Bestimmungen der §§ 74 bis 75 b HGB.

§14. Vertragsstrafe.

1. P. verpflichtet sich, für den Fall einer Verletzung des Wettbewerbsverbots an die B. eine Vertragsstrafe in Höhe der im letzten Jahr vor dem Ausscheiden bezogenen Grundvergütung zu zahlen. Die B. behält sich vor, die Zahlung dieser Vertragsstrafe auch ohne den Nachweis eines durch die Vertragsverletzung erlittenen Schadens zu verlangen. Im übrigen gilt § 75 c HGB.
2. Die Verpflichtung zur Zahlung der Vertragsstrafe entfällt, wenn die durch die Verletzung des Wettbewerbsverbots angefallenen Gebühren 500 DM im Jahr nicht übersteigen.

Zu Fragen des Wettbewerbsverbots und des Mandantenschutzes:

GI 1986, 86 (fehlende Vereinbarung einer Karenzentschädigung);

GI 1988, 2 (Verstoß gegen Konkurrenzverbot durch angestellten Rechtsanwalt);

GI 1989, 187 (nach Übertragung der Praxis).

Honorar des Steuerberaters

– Gebührenrahmen, Höchstgebühr

– Erstellung des Jahresabschlusses, § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV

(OLG Düsseldorf Urt.v. 3.5.1990 – 18 U 216/89, rkr.)

Leitsatz (d.Verf.):

Die Erstellung des Jahresabschlusses für eine Kapitalgesellschaft mit einem abweichenden Wirtschaftsjahr rechtfertigt nicht die Inanspruchnahme der Höchstgebühr.

Der Steuerberater hat die entfaltete Tätigkeit darzulegen und deren Unterschied „vom Normtyp der Gebührenordnung“.

Aus den Gründen:

Die Höhe der berechneten Vergütung ist nachzuprüfen, weil die Beklagte sie bestreitet. Maßgebend ist die bis zum 30.6.1988 geltende Fassung der Gebührenordnung. Die Änderungen durch die am 1.7.1988 in Kraft getretene erste Verordnung zur Änderung der Steuerberatergebührenverordnung sind nicht zu berücksichtigen, weil der Kläger den Auftrag zur Erledigung der berechneten Angelegenheiten vor dem 1.7.1987 erhalten hat (§ 47a Satz 1 der Gebührenordnung). **Die Gebühr für die Erstellung des Jahresabschlusses** aus § 35 Abs. 1 Nr. 1 ist **eine Rahmengebühr mit dem Rahmen 10/10 bis 30/10**. Der Kläger hat die 30/10-Gebühr berechnet. Dies begründet er damit, daß **berufsbüchlich der Gebührensatz für Kapitalgesellschaften** im oberen Rahmen liege, also **zwischen 25/10 und 30/10**. Eine Kapitalgesellschaft mit **abweichendem Wirtschaftsjahr** rechtfertige den hier angewandten Gebührensatz, den er im übrigen allgemein bei Kapitalgesellschaften heranziehe. **Das ist keine hinreichende Begründung**

für die Inanspruchnahme der Höchstgebühr. Nach §11 der Gebührenordnung bestimmt der Steuerberater die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen Tätigkeit nach billigem Ermessen. **Der Kläger hätte in bezug auf die hier entfaltete Tätigkeit darlegen müssen, in welchen Punkten diese sich vom Normtyp der Gebührenordnung unterscheidet.** Mangels geeigneter Darlegung steht dem Kläger nach der Rechtsprechung des Senats nur die Mittelgebühr 20/10 zu. Diese beträgt bei dem unstrittigen Wert von 2.097.000 DM 3.506 DM. Die Gebühren für die Steuererklärungen liegen unterhalb der Rahmenmitte und sind unbedenklich.

GI Hinweis

In 5. Auflage legt der Vahlen-Verlag eine Neuauflage des Wöhe, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre Bd II 1 vor (608 Seiten, 72,- DM).

Sie befaßt sich mit dem „Einfluß der Besteuerung auf die Wahl und den Wechsel der Rechtsform des Betriebes.“ Das Steuerreformgesetz 1990 wurde berücksichtigt. Neben einem Vergleich der steuerlichen Belastung von Personen- und Kapitalgesellschaften werden gesellschaftsrechtliche Sonderformen – GmbH & Co. KG, Doppelgesellschaft, GmbH und Still – behandelt. Die Familiengesellschaft als Instrument der Steuerminimierung wird im Hinblick auf die Frage der steuerlichen Anerkennung und der steuerlichen Auswirkungen erörtert. Ein besonderer Abschnitt ist dem Einfluß der Besteuerung auf den Wechsel der Rechtsform – Umwandlung – gewidmet, den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und den Stiftungen.

Das Werk zeichnet sich durch eine prägnante Sprache aus. Es werden nicht nur Vergleichsberechnungen vorgeführt, sondern auch die Entscheidungskriterien und die Motivationen für eine zweckentsprechende Gestaltungsberatung.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–8, 1990)

Abtretung			
– Abtretungsanzeige, neuer Vordruck	90, 112	– Mandantenunterlagen an Stb	90, 138
Agenturgeschäft	90, 36	– Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37
Akontozahlungen		– Schaden	
– Doppelerfassung	90, 143	= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33
Allgemeine Versicherungsbedingungen		Berufsverbot	90, 32
– AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42	Bilanzerstellung	
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42	– Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143
Anderkonto		Buchführung	
– Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94	– verspätete Erstellung	90, 106
– des Notars	90, 51	Buchführungsauftrag	
– Verfügung über Gelder	90, 51	– Datenerfassung	90, 167
Anerkennung, § 208 BGB	90, 163	= Belehrungspflicht	
Anlageberatung		– Ordnungsmäßigkeit d. Buchführung	
– d. Mitarbeiter d. StB	90, 126	= Doppelerfassung, Akontozahlungen	90, 143
– Prüfungspflichten	90, 127	= Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143
– Risiken		Dritthaftung	
= projizierte Steuervorteile	90, 127	– stillschweigender Auskunftsvertrag	
– und Steuerberatung	90, 122	= Verdienstbescheinigung	90, 40
– Verjährung v. Schadenersatzansprüchen		– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19
= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146	= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3
= Wirtschaftsberatungsfirma	90, 112	= Bewertungsgutachten	90, 3
Annahmeverzug		= Bonitätsprüfung	90, 3
– d. Mandanten		= Darlegung f. Schaden	90, 3
= Vergütungsanspruch d. Stb	90, 134	= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19
Arbeitsüberlastung		Duldungsvollmacht	
– d. Mitarbeiters, Fristversäumnis	90, 122	– d. Stb	90, 126
Auskunftsvertrag		Einnahme-/Überschuß-Rechnung	
– stillschweigender Abschluß		– Mitverschulden d. Mandanten	90, 135
= Verdienstbescheinigung	90, 40	– Prüfung des Geldzuflusses	90, 135
Bauherrenmodell		Fristenkontrolle	
– Verjährung d. Schadenersatzanspruchs	90, 146	– Fristenkontrollbuch	
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA		= Postausgangsbuch	90, 134
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		= Telefax	90, 32
= Aufklärung d. FA	90, 53	= Wiedervorlagefristen	90, 134
– Beweislast	90, 156	– Fristversäumnis, unverschuldete –	
– ungefragte –	90, 160	= Arbeitsüberlastung d. Mitarbeiters	90, 112
– Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73	– Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32
– Ende d. –		– Rückfrage bei Mandanten	90, 2
= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62	– Telefax/Telebrief	
= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62	= Fristenkontrollbuch	90, 32
– Entnahme	90, 73	= Prozeßvollmacht	90, 32
– Fristeinhaltung	90, 156	Garantievertrag	
– vor Prozeßaufnahme	90, 156	– Steuerberatungsvertrag	90, 126
– Schutzzweck	90, 82	Herausgabeanspruch d. StB	
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO		– von Provisionen	90, 119
– Anderkonto	90, 94	= Mehrwertsteuer	90, 122
– Kontounterlagen	90, 94	Honoraranspruch d. StB	
Beweislast		– Annahmeverzug d. Mandanten	90, 134
– f. Fehlberatung	90, 33	– Arglistenwand	90, 83
		– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104, 113
		= nachträgliche Einzelangaben	90, 113
		= Gegenstandswert	90, 114
		= Hinweis auf Gebührenvorschriften	90, 113

= Lohnabrechnung	90, 117	- Treueverhältnis gem. § 266 StGB	90, 87
= Zeitgebühr	90, 113	- Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung	
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	90, 104	= Mitwirkung eines Anwalts	90, 32, 50
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50
= Bilanzberechtigung	90, 101	Rechtsberatung	
= Mittelgebühr	90, 101, 115, 172	- d. Wp	90, 18
- für nicht erbrachte Leistung	90, 72	= Ausarbeitung eines Gesellschaftsvertrages	90, 18
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	90, 115	Schaden	
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	90, 115	- bei Entnahme	90, 73
- Unterzeichnung d. Rechnung	90, 72	- unvermeidbare Steuerzahlung	90, 53
- Verjährung des -	90, 115	- vermeidbare Steuerbelastung	90, 135
Honoraranspruch d. Wp		Schätzung (§ 162 AO)	
- d. Mehrfachberufers	90, 72	- Schaden	
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72	= Darlegungs- und Beweislast zum -	90, 129
Kausalität		Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
- Beteiligung an Unternehmen	90, 122	- Testat ohne Prüfung	90, 95
- wirtschaftl. Vorteile		Sozietät	
bei steuerlichen Nachteilen	90, 73	- Rechtsschein, Briefbogen, Stempel, Siegel	90, 73
- Schutzzweck, Steuerrisiko	90, 82	- neuer Sozies	90, 73
Kenntnis des Steuerrechts		- Vertrag mit Sozietät o. Sozien	90, 73
- intern. Rechtsregeln	90, 2	Steuerberaterhaftung	
Konkursverwalter, Haftung d. -		- Abweichungen zwischen Bankkonto und	
- Liquidationsverschleppung	90, 72	Abrechnungsunterlagen	90, 135
Mandantenschutzklausel		- Prüfungspflicht des Mandanten,	
- angestellter StB	90, 169	Mitverschulden	90, 135
Mehrfachberufler		- Prüfungspflichten bei der Erstellung	
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72	der Einnahme-Überschuß-Rechnung	90, 135
- Verjährungsvorschrift	90, 147	Steuerberatungsgesetz	
Mitarbeiter d. Stb		- § 57	
- Zurechnung beim Stb	90, 126	= Wirtschaftsberatung	90, 94
Mitverschulden		= Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2
- bei Buchführungsauftrag	90, 135	- § 67	
- Prüfung der Bilanz	90, 57	= Nichtzahlung d. Versicherungsprämie	90, 2
- Prüfung der Einnahme-/		Steuerberatungsvertrag	
Überschuß-Rechnung	90, 135	- Annahmeverzug d. Mandanten	
- Prüfung d. Steuererklärung	90, 57	= Vergütungsanspruch d. Stb	90, 134
Nachbesserung		- Garantievertrag	90, 125
- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	90, 106	- Kündigung, § 627 BGB	90, 134
- Verjährung d. Kostenanspruchs	90, 106	- Kündigung aus wichtigem Grund,	
- nach Wechsel d. Stb	90, 143	§ 626 Abs. 1 BGB	
Nichtzulassungsbeschwerde		= Beweislast	90, 134
- Begründung d. -	90, 50	- Mängelbeseitigung	90, 106, 141
Notar		- Mitarbeiterverschulden	90, 126
- Anderkonto	90, 51	- Pflicht zur Wirtschaftsberatung	90, 122
= Rechtsweg f. Schadenersatzanspruch	90, 51	Steuergestaltungsberatung	
Pfenderpensionsbetrieb	90, 39	- Agenturgeschäft	90, 36
Prospekthaftung		- Umwandlung	90, 33
- ohne Namensnennung in Prospekt	90, 13	- Veräußerungsgewinn	90, 33
- d. Treuhänders	90, 13	= Gesellschaftsanteil u. Betriebsgrundstück	90, 47
- Vertrauensschaden	90, 14	Steuerhinterziehung	
Provisionsgeschäfte		- Berufspflichtverletzung	90, 2
- Gebühr f. Anlageberatung	90, 15	- unvollständige Rechnung, § 14 I UStG	90, 2
- Herausgabepflicht	90, 15, 119	- Steuererklärung des StB	90, 2
- Verjährung d. Herausgabeanspruchs	90, 119	Telefax/Telebrief	
- Zahlung an Strohmännchen	90, 15, 119	- Fristenkontrollbuch	90, 32
Prüfungspflicht		- Übersendung der Prozeßvollmacht	90, 32
- ungefragte -	90, 160	Treuhänder	
Rechtsanwalt		- Mehrwertsteueroption	90, 8
- Belehrungspflicht		- Prospektangaben, zugesicherte	
= Prozeßkostenhilfe	90, 72	Eigenschaften	90, 8
		- Schadenersatz, negatives Interesse	90, 14

- Überwachung Dritter	90, 28	BGH v. 25.1.1989 - VII ZB 32/88	90, 2
= Gestaltung d. Zwischen- und Endmietverhältnisses	90, 28	= VersR 1989, 1167	
Unternehmensbeteiligung		BGH v. 26.1.1989	90, 32
- Geschäftswertermittlung d. Stb	90, 3	= wistra 1989, 181	
= Bonitätsprüfung d. Stb	90, 3	BGH v. 13.7.1989 - VII ZR 223/88	90, 50
- Haftung f. Altverbindlichkeiten,		BGH v. 11.7.1989 - II ZB 5/88	90, 32
§ 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	90, 19	BGH v. 24.8.1989 - I StR 329/89	90, 94
		= wistra 1990, 98	
Unterschrift		BGH v. 28.9.1989 - VII ZB 9/89	90, 32
- Klageschrift	90, 94	= VersR 1989, 1316	
Untreue, § 266 StGB		BGH v. 17.10.1989 - XI ZR 158/88	90, 73
- Auskehr v. Mandantengeldern	90, 87	= WM 1990, 188	
- d. Rechtsanwaltes	90, 87	BGH v. 8.11.1989 - IVa ZR 163/88	90, 157
- Strafzumessung	90, 94	BGH v. 7.12.1989 - I ZR 3/88	90, 94
		= Steuertellex 173/90	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		BGH v. 14.12.1989 - IX ZR 119/88	90, 51
- Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift Sekundäranspruch		BGH v. 12.1.1990 - IX ZR 245/88	90, 72
= Ende der Belehrungspflicht		BGH v. 30.1.1990 - XI ZR 63/89	90, 82
- Auflösung d. Stb-Vertrages	90, 62, 112	= VersR 1990, 534	
- Rückgabe der Zulassung	90, 112	= WM 1990, 808	
= schuldhaftes Verletzung d. -	90, 62	BGH v. 1.2.1990 - IX ZR 82/90	90, 112
- Verjährungsbeginn		= NJW-RR 1990, 450	
= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146	BVerfG (Vorprüfungsausschuß) v. 9.10.1989	90, 94
= Bestandskraft d. Steuerbescheides	90, 62	- 2 BvR 1558/89	
= Folgeschäden	90, 62, 164	= wistra 1990, 97	
= Fristversäumnis, § 13 a Abs. 2 EStG,	90, 163		
§ 24 Abs. 4 UStG			
= Gerichts- u. Anwaltskosten	90, 167		
= Mehrfachberufler	90, 147		
= Nachbesserungskosten	90, 106		
Verjährung, § 51 BRAO		Bayr. OLG v. 26.10.1987 - 4 St 164/87	90, 2
- Sekundäranspruch		= StB 1989, 159	
= Anlaß zur Belehrung	90, 141	OLG Celle v. 20.9.1989 - 3 U 240/88	90, 3
= Frist	90, 141	OLG Düsseldorf v. 6.10.1988 - 8 U 188/87	90, 50
= Mandatsende	90, 141	= VersR 1989, 850	
- Verjährungsbeginn		OLG Düsseldorf v. 15.12.1988 - 8 U 41/87	90, 156
= Schadenentstehung,		= VersR 1989, 286	
Schmerzensgeldanspruch	90, 141	OLG Düsseldorf v. 22.12.1988 - 8 U 15/88	90, 156
		= VersR 1989, 287	
Verrechnungskonto		OLG Düsseldorf v. 13.7.1989 - 8 U 223/88	90, 32
- Differenzen	90, 143	= VersR 1989, 1262	
Versicherungsschutz		OLG Düsseldorf v. 27.7.1989 - 12 U 226/88	90, 8
- Ansprüche gegen Versicherer		OLG Düsseldorf v. 5.4.1990 - 18 U 244/89, rkr.	90, 135
= versicherte Gefahr, § 158 c Abs. 3 VVG	90, 156	OLG Düsseldorf v. 26.4.1990 - 18 U 16/90	90, 113
- Beirat u. Aufsichtsräte	90, 157	OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 - 18 U 216/89	90, 172
- Bindung des Haftpflichturteils	90, 42	OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 - 18 U 243/89, rkr.	90, 115
- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte		OLG Düsseldorf v. 10.5.1990 - 18 U 205/89, rkr.	90, 138
(§ 4 Zf. 4 AVB)	90, 42	OLG Düsseldorf v. 17.5.1990 - 18 U 4/90	90, 160
= Vermittlung u. Finanzierung v. ETW	90, 156	OLG Düsseldorf v. 28.5.1990 - 18 U 206/89	90, 163
- wissentliche Pflichtverletzung (§ 4 Nr. 6 AVB)		OLG Frankfurt v. 20.9.1988 - 11 U 15/88	90, 95
= Nichtaufdeckung einer		OLG Frankfurt v. 4.4.1989 - 14 U 231/87	90, 33
Interessenverflechtung	90, 42	OLG Hamm v. 15.6.1988 - 25 U 155/87	90, 57
= Fristversäumnisse	90, 59	OLG Hamm v. 22.6.1988 - 25 U 198/87	90, 167
- Unternehmerrisiko	90, 157	OLG Hamm v. 14.6.1989 - 25 U 22/88	90, 101
- Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	= StB 1990, 162	
- Zinsen und Kosten	90, 157	OLG Hamm v. 23.6.1989 - 25 U 148/88	90, 72
Vorsatz		OLG Hamm v. 26.6.1989 - 25 U 14/89	90, 106
- Schadenzufügung, § 826 BGB	90, 95	OLG Hamm v. 5.7.1989 - 25 U 233/88	90, 53
Vorteilsausgleich		OLG Hamm v. 30.9.1989 - 25 U 251/87	90, 36
- Steuervorteil	90, 37, 38	OLG Hamm v. 11.11.1989 - 25 U 25/88	90, 15
Wirtschaftsberatung			
- Berufsbild d. Steuerberaters	90, 94		
- bei Steuerberatung	90, 122		

OLG Karlsruhe v. 24. 5. 1989 – 6 U 51/88 = StB 1990, 158	90, 18	EG Berlin v. 17. 8. 1988 – 1 EG 10/88 = RBeistand 1989, 55	90, 2
OLG Karlsruhe v. 30. 8. 1989 – 1 Ws 60/89 = NStZ 1990, 82	90, 87	FG Hamburg v. 20. 7. 1989 – I 162/88 = EFG 1990, 119	90, 94
OLG Koblenz v. 28. 2. 1989 – 12 W 96/89 = VersR 1990, 41	90, 59	FG Saarland v. 24. 5. 1989 – 2 K 214/86 = DStR 1989, 719	90, 30
OLG Koblenz v. 9. 6. 1989 – 2 U 1907/87 = NJW 1989, 2699	90, 2	Schreiben d. Bundesministers d. Finanzen v. 3. 4. 1990 – IV A 5/S 0062/5-90	90, 112
OLG Koblenz v. 20. 11. 1989 – 1 W 489/89 = vgl. auch OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 47 = AnwBl. 1984, 444	90, 72		
OLG Koblenz v. 16. 3. 1989 – 5 U 1334/88, nrkr.	90, 119		
OLG Köln v. 4. 10. 1989 – 2 U 13/89 rkr. = DStR 1990, 45	90, 72		
OLG Köln v. 2. 11. 1989 – 7 U 95/89	90, 141		
OLG Köln v. 7. 3. 1990 – 11 U 208/89	90, 106		
OLG Saarbrücken v. 6. 6. 1989 – 7 U 95/89 = StB 1990, 162	90, 134		
OLG Stuttgart v. 31. 3. 1989 – 9 U 234/88 = NJW-RR 1990, 473	90, 112		
OVG Hamburg v. 25. 7. 1989 – OVG Bf VI 64/86 = DStR 1989, 683	90, 30		
LG Duisburg v. 9. 11. 1989 – 9 O 97/88	90, 112		
LG Köln v. 22. 6. 1988 – 20 O 5417/87	90, 126		
LG Köln v. 15. 2. 1989 – 171 StL 3/89 = StB 1989, 335	90, 30		
LG Köln v. 15. 2. 1989 – 171 StL 1/89 = StB 1989, 336	90, 30		
LG Köln v. 22. 6. 1989 – 2 O 42/88	90, 131		
LG Köln v. 19. 10. 1989 – 2 O 71/89	90, 69		
LG Köln v. 30. 1. 1990 – 25 U 164/88	90, 143		
LG Mannheim v. 25. 10. 1989 – 9 O 117/89, rkr.	90, 146		
LG München v. 3. 10. 1988 – 26 O 12175/88 = StB 1990, 24	90, 156		
LG Münster v. 11. 9. 1989 – 3 a StL 10/89 = StB 1990, 163	90, 134		
LG Oldenburg v. 27. 8. 1984 – 13 O 864/84	90, 38		
LG Paderborn v. 19. 10. 1989 – 3 O 394/89	90, 40		
LG Stuttgart v. 28. 2. 1989 – 17 O 602/88	90, 28		
LG Stuttgart v. 12. 12. 1989 – 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42		
LG Würzburg v. 20. 10. 1989 – QS 323/89 = wistra 1990, 118	90, 94		
LG Wuppertal v. 6. 12. 1988 – 5 O 168/88	90, 47		
BAG v. 27. 9. 1988 – 3 AZR 59/87	90, 169		
BFH v. 12. 5. 1987 – VII B 63/87 = BFH NV 1988, 38	90, 50		
BFH v. 19. 1. 1989 – IV R 21/87 = NJW 1989, 2646	90, 32		
BFH v. 2. 6. 1989 – X R 5/85 = BFH NV 1990/1117	90, 112		
BFH v. 24. 7. 1989 – III R 83/88 = BFH NV 1990, 248	90, 134		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.